

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-30-34/19

Aktenzeichen:

Amt: Bauen und Ordnung

Datum: 23.08.2019

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Ablehnung des Baus von raumbedeutsamen Windkraftanlagen (WKA) im Gewerbegebiet Brück sowie weiteren Innenbereichen der Stadt Brück (Antrag der SPD-Fraktion Brück)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Objektbezogene
Eigenanteil: € Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AISrE	1	05.09.2019					

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Brück lehnt den Bau von raumbedeutsamen Windkraftanlagen (Gesamthöhe größer 50 m) im Gewerbegebiet Brück-Rottstock und generell von Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe größer als die ortsübliche Bebauung in allen weiteren Innenbereichen der Stadt Brück mit den dazugehörigen Gemeinde- und Ortsteilen ab."

Begründung

Im gemeinsamen Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg vom 16. Februar 2001 wird unter dem Punkt "Raumordnerische, bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Beurteilung von Windenergieanlagen" klar ausgesagt, dass zur Vermeidung von Nutzungskonflikten und Beeinträchtigungen anderer Raumnutzungen und Belange eine räumliche Konzentration raumbedeutsamer Windenergieanlagen im Außenbereich zu erfolgen hat. Bei anthropogen stark veränderten oder vorbelasteten Standorten, wie gewerblichen und industriellen Anlagen, kann eine Raumbedeutsamkeit bei einer Windenergieanlage mit einer Gesamthöhe (bis zur Rotorspitze) über 65m angenommen werden.

Diese Grundsätze der Raumordnung ziehen sich durch weitere rechtliche Vorgaben der Landesebene, so z. B. auch im gemeinsamen Rundschreiben des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg vom 23. April 2010 zur " Sicherung der Verwirklichung von in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung zur Steuerung der Windenergienutzung". Darin heißt es zur Steuerung des Aufbaus von Windkraftanlagen, dass bei "einer Gesamthöhe von mehr als 50 m, Investitionen frühzeitig auf geeignete Standorte im Sinne der raumordnungsrechtlichen Vorgaben für die Windenergienutzung zu lenken sind." Weiterhin steht geschrieben:

"Die Regionalen Planungsgemeinschaften haben die Aufgabe, Flächenvorsorge für die Nutzung der Windenergie zu treffen. Dafür werden in Regionalplänen, die auch als sachliche Teilpläne aufgestellt werden können, Eignungsgebiete (im Sinne von § 8 Absatz 6 ROG) als Ziele der Raumordnung festgelegt. Die Aufstellung der Ziele der Raumordnung gilt als eingeleitet, wenn ein Planentwurf erarbeitet, durch die Regionalversammlung gebilligt und den öffentlichen Stellen zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt wurde." Alle v. g. Bedingungen treffen bzgl. der Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 zu.

Dieser weist gem. den Vorgaben der Landesregierung Brandenburg **Windeignungsgebiete (WEG) im Außenbereich** aus. Hierzu zählen bspw. in der unmittelbaren Brücker Nachbarschaft die WEG 23: Golzow, WEG 27: Schlalach, WEG 28: Niemeck-Haseloff, das genehmigte WEG 25: Beelitz-Reesdorf (Borkheide) oder auch das WEG 29: Feldheim. Allein im **Windpark Schlalach werden jährlich** durch die 22 installierten WKA bis zu ca. **100.000.000 kWh Strom produziert**, welche bei einem Stromverbrauch pro Kopf in

Potsdam-Mittelmark von 970 kWh pro Einwohner und Jahr (Quelle: Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises Potsdam-Mittelmark) den Strombedarf nahezu der Hälfte der knapp 200.000 Einwohner im gesamten Landkreis Potsdam-Mittelmark (LK PM) abdecken. Dies verdeutlicht die außerordentliche Energiemenge, welche auf engstem Raum im Umfeld unserer Heimatstadt Brück erzeugt, aber dort in keinem Fall verbraucht werden kann, während in TKS und im Hohen Fläming nicht eine WKA steht.

Alle im LK PM aktuelle aufgestellten Windkraftanlagen decken bilanziell bzw. rein theoretisch, da die erzeugte Windenergie nicht 1:1 vom Abnehmer verbraucht werden kann, den Gesamtstrombedarf im gesamten Landkreis Potsdam-Mittelmark ab.

Paradoxerweise hat aber die Stromeinspeisung im gesamten LK PM nur einen Anteil von 11 % am realen Gesamtenergiebedarf (2015: ca. 7.900.000 MWh).

Mit anderen Worten hat der Landkreis Potsdam-Mittelmark nicht nur die Ziele der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg durch die Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien weit übertroffen, sondern wir erzeugen unter Berücksichtigung weiterer reiner Stromeinspeisungen schon heute Strom aus erneuerbaren Energien, wie bspw. Windkraft, PV-Anlagen und Biomasse, im LK PM, der gar nicht im eigenen Landkreis genutzt werden kann, während andere Energieträger viel signifikanter zum CO₂-Ausstoß beitragen, wie bspw. fossile Kraftstoffe mit über 50%.

Insofern muss **der aktuelle Fokus für nachhaltigen Klimaschutz ganz andere Aspekte zum Inhalt haben, als das ständige hoch gepriesene Allerheilmittel Windkraft.** Der erzeugte Strom kann nach aktuellem Stand der Technik und des Netzausbaus (7.500 km Stromtrassen sind deutschlandweit nötig, wobei beim Ausbaustand von aktuell ca. 1.100 km die letzte reale jährliche Zuwachsrate lediglich 150km betrug!) nicht mal zu den Orten des Verbrauchs im Süden Deutschlands transportiert werden. (Quelle:

<https://www.wiwo.de/24901444.html?share=mail> "Stromnetz-Ausbau kommt voran – aber nicht schnell genug", 14.08.2019)

Gemäß den Aussagen der Herren Mattes jr. und Vertretern der Energiequelle GmbH zum Hauptausschuss am 13.12.2018 und zur Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 14.03.2019 soll das geplante Windrad (Nabenhöhe: 160 m, Rotordurchmesser: 150 m, Gesamthöhe: 235 m) den Energiebedarf der Stein verarbeitenden Firmen decken. Dieser liegt nach Hochrechnungen (konkrete Zahlen zur Versachlichung der Debatte wurden bis heute nicht genannt) bei knapp 1.000.000 bis 1.500.000 kWh/a. Unter Berücksichtigung der Planungen und auch realen Einspeisemengen der WKA in Schlalach (4,5 bis 6 Mio kWh pro Anlage und Jahr) kann mit Berücksichtigung der 1,5-fachen Zunahme des geplanten Rotorblattdurchmessers (WP Schlalach II: Rotor-D: 101 m) und der nochmals größeren Gesamtanlagenhöhe von jährlich erzeugten Einspeisemengen der geplanten WKA größer 10 Mio kWh ausgegangen werden. Konkrete Zahlen von Energiequelle liegen nicht vor, obwohl die Wirtschaftlichkeit der Investition sich in erster Linie an der eingespeisten Strommenge orientiert.

Nach aktuellem Kenntnisstand muss von einer bis zu 10-fach höheren erzeugten jährlichen Strommenge (10 Mio kWh) als der tatsächlich durch die Firmen Mattes-Granit und Rex-Granit verbrauchten (1 Mio kWh) ausgegangen werden.

Dieser Umstand und die o. g. Aussage in Anwesenheit der Stadtverordneten zur alleinigen Stromversorgung des Unternehmers durch die geplante WKA war nicht unbedingt Vertrauen fördernd. Darüber hinaus wurde den Stadtverordneten mitgeteilt, dass angeblich keine Möglichkeiten zur Vermeidung der **geplanten WKA** bestehen und das Land Brandenburg den Bau **im planerischen Innenbereich** befürworten und fördern würde. Dies ist, wie bereits eingangs erläutert, überhaupt nicht der Fall. **Im Gegenteil hierzu sah und sieht das Land ausschließlich Windeignungsgebiete für bedeutsame WKA im Außenbereich vor.**

Weiterhin hat die Brücker Stadtverordnetenversammlung eindeutig mit dem B-Plan Gewerbegebiet Brück-Rottstock die Schaffung von Arbeitsplätzen und somit bestmögliche Flächennutzungen für Gewerbe und Industrie beabsichtigt. Dieses Ansinnen wird völlig ad absurdum geführt, da das komplette Brücker und große Teile des Linther Gewerbegebiets im Einflussbereich der geplanten WKA liegen und somit erlaubte und bestehende Wohnnutzungen sowie die Arbeitsqualität ansässiger Unternehmen mit ihren Angestellten massiv verschlechtert werden bzw. eine Flächennutzung für Industrie oder Gewerbe

unmöglich wird. Diese Beeinträchtigung stellt einen klaren Nutzungskonflikt dar, der so durch die Stadtväter nicht gewollt war.

Wie dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern per E-Mail mitgeteilt wurde, befindet sich der geplante WKA-Standort im Einflussbereich des Segelflugplatzes in Lüsse, dem ein 8 km Umkreis als Sicherheitsraum für den Flugbetrieb zugesichert worden ist.

Hinzu kommen alle negativen Auswirkungen, bspw. optisch in unserer Landschaft, durch Schattenwurf, Schall, Infraschall, auf Boden, Grundwasser oder direkt auf die lebendige Tierwelt und vor allen Dingen die Einwohner im Stadtteil Rottstock.

Deshalb kann die Errichtung der riesigen WKA an dem geplanten Standort nicht hingenommen werden und es sollten mit dem Unternehmer der Stein verarbeitenden Industrie offen andere Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Hinweise der Verwaltung:

Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 wurde unter anderem auch deshalb vom OVG Berlin-Brandenburg für unwirksam erklärt, weil er der Windenergienutzung nicht ausreichend Raum schafft. Dementsprechende Erweiterungen sind auch in der Aufstellung eines neuen Regionalplans zu berücksichtigen. Aktuell gelten daher Windkraftanlagen (WKA) im Außenbereich generell als privilegierte Vorhaben (vgl. § 35 BauGB), eine gesetzliche Festsetzung zum Ausschluss von WKA im Innenbereich existiert weder Baugesetzbuch (BauGB) noch in der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).

Weiterhin wurde durch das OVG Lüneburg in einem Urteil (12 LC 230/14 vom 25. Juni 2015) festgestellt, dass Windkraftanlagen nicht nur in Sondergebieten nach § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zulässig seien. Anderenfalls hätte der Gesetzgeber dies im Gesetz festschreiben müssen. Auf Grund der Gebietsarten komme jedoch nur das Industriegebiet für die Ansiedlung dieser Anlagen in Betracht. Das Urteil bezieht sich auf Bundesrecht und ist damit bundesweit zu berücksichtigen, ein widersprechendes Urteil ist nicht bekannt. Die geplante Fläche der WKA befindet sich in einem festgesetzten Industriegebiet (GI) nach § 9 BauNVO.

Entsprechend § 1 Abs. 3 BauGB kann die Stadt Brück einen Bebauungsplan ändern, sofern es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Die Entscheidung über die Erforderlichkeit liegt im Rahmen der Planungshoheit bei der Stadtverordnetenversammlung. Eine Planänderung ist unzulässig, wenn sie eine Verhinderungsplanung darstellt. Für ein zulässiges Änderungsverfahren muss bereits beim Aufstellungsbeschluss ein nachvollziehbares Konzept vorliegen. Im Falle des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Brück-Rottstock" sollten hierbei die generelle Zulässigkeit von Wohnungen (nach BauNVO im GE/GI nur ausnahmsweise Betriebsleiterwohnungen zulässig), eventuell genehmigte Abweichungen von der Grundflächenzahl und eine insgesamt Verdichtung auf den Bauflächen, eine Höhenbegrenzung sowie die zweite festgesetzte Gleistrasse (Richtung Bögl/ADAC) betrachtet werden. Parallel wäre eine Veränderungssperre aufzustellen, die für zwei Jahre alle Bauvorhaben im Gewerbegebiet zurückstellt.

Eine juristische Falluntersuchung wird von Seiten der Verwaltung angeregt.